

- AUSFERTIGUNG -

**Satzung
über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme
nach § 142 BauGB**

vom 07. Mai 2003

Aufgrund des § 19 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1998 (GVBl. S. 73) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. September 2001 (GVBl. S. 257) und des § 142 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141) und der Berichtigung der Bekanntmachung vom 27. Januar 1998 (BGBl. Nr. 5 S. 137); hat der Stadtrat der Stadt Großbreitenbach in seiner Sitzung am 21. 02. 2002 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes

Im nachfolgend näher beschriebenen Gebiet liegen städtebauliche Missstände vor. Das Gebiet soll durch städtebauliche Sanierungsmaßnahmen wesentlich verbessert werden.

Das Sanierungsgebiet wird hiermit als Sanierungsgebiet förmlich festgelegt und erhält die Bezeichnung:

Sanierungsgebiet „Ortskern Großbreitenbach“.

Das Sanierungsgebiet umfasst mit einer Gesamtfläche von rd. 17,4 ha alle Flurstücke innerhalb der im Lageplan M 1 : 1.000 abgegrenzten Fläche.

Das Gebiet wird umgrenzt im:

- Norden durch die Nordstraße
- Süden durch die Südstraße
- Osten durch das Areal der Trinitatiskirche
- Westen durch den Schützenhof

Eine Auflistung aller Grundstücke im Geltungsbereich der Sanierungssatzung ist als Anlage beigefügt.

Der Lageplan und die Grundstücksliste sind Bestandteil dieser Satzung; sie können während der allgemeinen Dienstzeiten im Rathaus der Stadt von jedermann eingesehen werden.

§ 2

Verfahren

Die Sanierungsmaßnahme wird im vereinfachten Verfahren durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 BauGB ist ausgeschlossen.

§ 3

Genehmigungspflichten

Die Vorschriften des § 144 BauGB Abs. 1 und 2 über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden Anwendung.

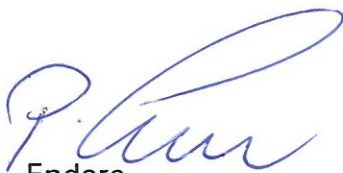
§ 4

Inkrafttreten

1. Die Satzung wird gemäß § 143 Abs. 2 BauGB am Tage nach ihrer Bekanntmachung rechtsverbindlich.
2. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die Sanierungssatzung nach § 147 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde (Thüringer Landesverwaltungsamt) anzuzeigen.
3. Die Satzung ist nach Ablauf der Genehmigung ortsüblich bekannt zu machen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Grundbuchamt die rechtsverbindliche Sanierungssatzung mitzuteilen und hierbei die von der Satzung betroffenen Grundstücke zur jeweiligen Eintragung eines Sanierungsvermerkes einzeln aufzuführen.

(Anlagen: Lageplan, Flurstücksübersicht, Begründung der Sanierungssatzung)

Großbreitenbach, den 07. Mai 2003



Enders
Bürgermeisterin

